

Zur Tagung am 7. November in Basel

# Gesundheit hat ihren Preis!



**A**m kommenden 7. November veranstaltet die SGSG/Soziale Medizin mit Unterstützung des Soziologischen Instituts der Universität Basel eine Tagung (genauere Informationen S. 68). Es geht dabei um eine kritische Auseinandersetzung mit der Mainstream-Gesundheitsökonomie und die Frage, welche Positionen die sozialpolitisch fortschrittlichen Kräfte in der Gesundheitspolitik vertreten sollen. Zentral ist die Frage, ob die Kosten im Gesundheitswesen tatsächlich zu hoch sind und was uns eine ausgebauten medizinische Versorgung und Pflege wert ist.

## Das Gespenst der Kostenexplosion

Seit meiner Studienzeit in den 70er Jahren geistert das Gespenst der Kostenexplosion im Gesundheitswesen durch die Medien. Mit den demagogischen Schlagworten Scheininvalidität, Überalterung und Kostenexplosion wird ein Notstand beschworen, den es in Tat und Wahrheit gar nicht gibt. Eine Kostenexplosion im Gesundheitswesen findet nicht statt, der Begriff soll nur den Sozialabbau im Gesundheitswesen legitimieren. Tatsächlich sind die Kosten im Gesundheitswesen stärker gestiegen als zum Beispiel die Löhne und das Bruttoinlandprodukt (BIP). Den gestiegenen Kosten steht aber auch eine stark gestiegene Qualität in der medizinischen und pflegerischen Versorgung gegenüber. Die Lebenserwartung ist in der Schweiz auch in den letzten Jahren gestiegen, und dies deutlich stärker als in vergleichbaren Län-

dern wie zum Beispiel Holland. Das Geld wird im Gesundheitswesen nicht einfach verschwendet und der überwiegende Teil der Bevölkerung wünscht hier auch keine Sparprogramme und keinen Leistungsabbau.

## Die Realität der Prämienexplosion

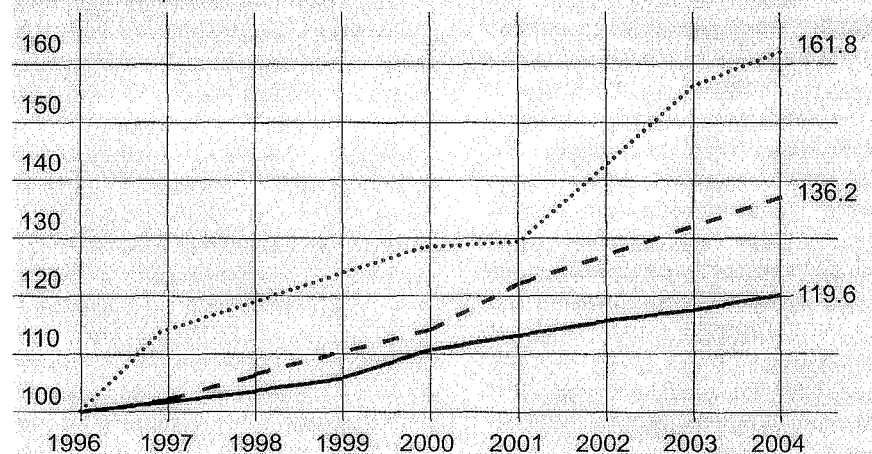
Anders als bei den Kosten darf der starke Anstieg der Krankenkassenprämien mit Recht als Prämienexplosion charakterisiert werden. Anders als immer wieder suggeriert wird, sind die Prämien nicht die Folge einer Kostenexplosion, sondern einer zunehmenden unsozialen Finanzierung des Gesundheitswesens. Der wichtigste Grund dafür ist, dass die öffentliche Hand (Bund, Kantone und Gemeinden) immer weniger zur Finanzierung der Gesundheitskosten über Steuern beiträgt. Noch 1960 übernahm die öffentliche Hand

via Steuern 31,4% der Gesundheitskosten, 1971 waren es noch 29,5% und im Jahre 2006 waren es nur noch 16%. Unsozial ist dies darum, weil Steuern progressiv nach Einkommen und Vermögen erhoben werden, während die Kopfprämien in der Krankenversicherung einkommensunabhängig festgelegt werden. Von 1996 bis 2003 sind die Gesamtkosten im Gesundheitswesen um 36% gestiegen, die Prämien in der Grundversicherung aber um 61% (siehe auch Grafik).

## Mythos von der teuren Grundversicherung

Immer wieder wird betont, dass wir nach den USA das zweiteuerste Gesundheitswesen der Welt hätten. Dies stimmt zwar, wenn einfach die Kosten im Gesundheitswesen durch die Einwohnerzahl dividiert werden. Doch dabei wird

Entwicklung der Indizes des BIP, der Gesundheitskosten und der monatlichen Durchschnittsprämien:



— BIP zu laufenden Preisen, - - Gesundheitskosten, .... Durchschnittsprämien der obligatorischen Krankenversicherung | Index 1996  $\hat{=}$  100

Quellen: Bundesamt für Statistik, Bundesamt für Sozialversicherung, Interpharma

Dr. med. Alex Schwank ist Hausarzt in Basel und Mitglied der Redaktionsgruppe der Zeitschrift Soziale Medizin.

Fortsetzung von Seite 5

übersehen, dass die Schweiz ein sehr reiches Land ist und sich eine Minderheit auch mehr Luxus im Gesundheitswesen leistet, der aber nicht über die Sozialversicherung finanziert wird. In der Schweiz sind das sehr hohe Beträge, im Jahre 2004 beispielsweise 24% der Gesundheitskosten. 2004 betrug der Anteil der Gesundheitskosten am BIP 11,5%. Zieht man den privaten Luxuskonsum ab, ergibt sich noch ein Prozentsatz von 8,75%. Auch dieser Prozentsatz kann nicht einfach mit anderen Ländern verglichen werden. Häufig wird nämlich nicht berücksichtigt, dass in der Schweiz im Gegensatz zu anderen Ländern die gesamten Kosten für sozialmedizinische Institutionen (Heime für Betagte, Chronischkranke und Behinderte) zu den Gesundheitskosten gerechnet werden. Gerade diese Kosten sind in den letzten Jahren zu Recht überdurchschnittlich gestiegen. 1985 machten sie 10,7% der Gesundheitskosten aus, 2006 waren ex 18,5%. Gründe für diese Entwicklung sind die zunehmende Lebenserwartung und vor allem auch eine stark gestiegene Qualität in den Heimen.

Gute Pflege kostet, Würde und Selbstbestimmung in der Pflege haben ihren Preis.

### Wo kann gespart werden?

Festzuhalten ist, dass die Grundversicherung in der Schweiz einen umfassenden Leistungskatalog aufweist und auch den Allgemeinversicherten heute ein qualitativ hoch stehendes Angebot zur Verfügung steht. Wer behauptet, er könne durch Betten- und Personalabbau im Gesundheitswesen massive Einsparungen erzielen, täuscht die Öffentlichkeit. Das heisst nicht, dass betriebswirtschaftliche Sparpotenziale nicht noch mehr ausgeschöpft und überhöhte Monopolgewinne und Kartellabsprachen im Gesundheitswesen bekämpft werden sollen.

Massive Einsparungen sind dabei ab er ohne Qualitäts- und Leistungsabbau nicht möglich.

Gesundheit hat ihren Preis. Für die Linke und andere sozialpolitisch fortschrittliche Kräfte kann es daher nicht

## No Sports!

„Was“, fragte mich unlängst beim Mittagessen ein Kollege, «soll ich bloss meinem Buben zum Geburtstag schenken?» Cool soll das Geschenk sein, pädagogisch nicht völlig wertlos und obendrein soll es dem Jungen Freude machen. Dieser hat mit einem ferngesteuerten Auto zwar einen unmissverständlichen Wunsch geäussert. Aber erstens erfüllt dieses Geschenk nicht alle vorgenannten Kriterien. Zweitens soll man es sich ja auch nicht zu einfach machen.

„Ein Skateboard!“ lautete meine Empfehlung, für die ich nicht lange zu überlegen brauchte, denn ich gebe sie jedem, der einem Kind etwas schenken will und selber keine originellen Ideen hat. Skateboard fahren ist cool, fördert Fitness und Motorik und erhöht die Frustrationstoleranz – etwas, was den Jungen von heute generell fehlt. Ausserdem ist es unterm Strich billiger als Tennis oder Golf. Und es fördert die Sozialkompetenz. Glaubte ich zumindest. Bis gestern.

Er solle sich mal fünf Minuten Zeit nehmen und den Skatern am Theodorskirchplatz zuschauen. Wenn sich einer an einem Trick abmüht, der ihm nicht gelingen will, kommt irgendwann ein anderer und verrät ihm einen Kniff. Fällt einer um, kommen sofort zwei andere und helfen ihm auf. Ein absolut friedlicher Groove, der nur gelegentlich durch reklamierende Nachbarn gestört wird.

Aber eben. Seit gestern weiss ich, dass ich dem Mann einen totalen Brunz erzählt habe. Ich hätte ihm genauso gut ein Samurai-Schwert oder eine Paintball-Ausrüstung empfehlen können. Eine Studie des Kriminolo-

gischen Instituts der Universität Zürich hat nämlich ergeben, dass Skateboarden zu jenen Sportarten gehört, die von gewalttätigen Jugendlichen häufig ausgeübt werden.

Angeführt wird die Rangliste der «Sportarten, die mit erhöhter Gewalt einhergehen» von den Kampfsportarten. Das mag jetzt vielleicht keinen überraschen. Ausser die Präventionsexperten, die vor zehn Jahren noch behaupteten, Kickboxen und ähnliche Arten der Leibesertüchtigung könnten als Aggressionsventil dienen und die Gewaltbereitschaft insbesondere junger Männer mindern. Auch Basketball gehört dazu, was sicher damit zu tun hat, dass es die Ghetto-Sportart schlechthin ist. Dass Eishockey aggressiv ist und macht, ist hinlänglich bekannt. Und dass Fussball in der Statistik weit oben erscheint, liegt natürlich daran, dass es jeder spielt.

All dies ist nachvollziehbar – aber: 26,4 Prozent aller Jugendlichen, die ein Gewaltdelikt begangen haben, fahren Skateboard! Schlimmer noch: Nur gerade jeder fünfte Gewalttäter gibt an, nicht Skateboard zu fahren. Dazu kommt, dass Skateboarden auch noch ein hohes (Selbst-)Verletzungsrisiko birgt.

Falls du das noch rechtzeitig liest, lieber Freund, kauf ihm also lieber das ferngesteuerte Auto, das er sich wünscht, und leg noch ein paar Süsigkeiten drauf. Das ist zwar nicht so gesund, aber dass Dicke zu erhöhter Gewaltbereitschaft neigen, hat – jedenfalls bis heute – noch keine Studie behauptet.

DANI WINTER

darum gehen, über die hohen Kosten im Gesundheitswesen zu jammern und unrealistische Sparprogramme zu formulieren, sondern dafür zu sorgen, dass die Prämien bezahlbar bleiben und auch in Zukunft jeder Mensch Zugang zu einer vollständigen und hochwer-

tigen Krankenversorgung hat. Bei der zahnärztlichen Versorgung ist dies übrigens schon heute nicht garantiert. Verhindert werden muss eine Mehrklassenmedizin, bei der Einkommensschwachen nur eine minimale Grundversorgung zugestanden wird.